

**Rede
von**

Christoph Bratmann, MdL

zu TOP Nr. 20 und TOP Nr. 21 – Erste Beratungen

**20) Sozialindikatorensystem für niedersächsische
Schulen einführen**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1386

**21) Schulen mit schwierigen Rahmenbedingungen
stärker unterstützen - Ressourcen bedarfsgerechter
zuteilen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1393

während der Plenarsitzung vom 23.08.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Bildung darf nicht von der Herkunft bestimmt werden. Der das wohl erstmalig gesagt hat, war der Braunschweiger Wilhelm Bracke. Nun werden einige vielleicht googeln und sich fragen: Was war das denn für ein Bildungsforscher? - Bracke war kein Bildungsforscher, sondern Bracke war einer der Urväter der Sozialdemokratie und liegt heute in meinem Wahlkreis begraben.

Er hat das im Jahr 1877 gesagt. Bracke, der selber aus gutem Hause kam - er war Unternehmer-sohn -, hat sich Zeit seines politischen Lebens und Wirkens dafür eingesetzt, dass auch Unterprivilegierte - so nannte man sie zu dieser Zeit -, also arme Kinder, zu einem Bildungserfolg kommen konnten. Dass dieser Ausspruch heute noch aktueller denn je ist, muss uns alle umtreiben und uns alle zum Handeln veranlassen. Das tut es ja auch. In dieser Hinsicht ist die Initiative von FDP und Grünen durchaus zu begrüßen, greift sie doch ein Thema auf, das enorm wichtig ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Der Weg dorthin - darin bin ich mir mit meiner Vor-rednerin durchaus einig - scheint mir aber zu kritisieren zu sein; denn die beiden Anträge orientieren sich sehr stark an den Verhältnissen in Stadtstaaten wie Bremen oder Hamburg, was einem Flächenland wie Niedersachsen in dieser Frage aus meiner Sicht nicht unbedingt gerecht wird.

Zunächst einmal stellt sich die Frage: Worum geht es eigentlich konkret?

Es geht darum, dass Kinder, deren Eltern aus unterschiedlichsten Verhältnissen kommen und, vereinfachend gesagt, nicht in der Lage sind, ihre Kinder auf ihrem Weg zum Bildungserfolg adäquat zu unterstützen, eine besondere Unterstützung erfahren. Beim Blick in andere europäische Länder, aber auch in andere Bundesländer kann man feststellen, dass sich zwei Maßnahmen in jeglicher Hinsicht bewährt haben, nämlich die Ganztagsbetreuung und die Schulsozialarbeit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir hier bereits in der vergangenen Legislaturperiode wichtige Meilensteine gesetzt haben. Insbesondere die Anerkennung der Schulsozialarbeit als Landesaufgabe war entscheidend dafür und ist Grundvoraussetzung, um nun den flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit weiter voranzubringen. Das war ein wirklicher Meilenstein, wie ich hier einmal so sagen muss, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nun hat in Niedersachsen gerade erst das neue Schuljahr angefangen. Viele Schülerinnen und Schüler sind nun von der Grundschule auf eine weiterführende Schule übergegangen. Man muss ganz klar sagen: Eltern treibt dabei nicht nur die Fragestellung um: Welches pädagogische Konzept hat eine weiterführende Schule? Wie ist die Schule ausgestattet? Wie ist der Schulweg? Welches Kollegium ist dort zugegen? Welche Schwerpunkte und welches Profil hat die Schule? - Natürlich spielt auch eine Rolle, in welchem sozialen Umfeld sich die Schule befindet. Das kann man nicht wegdiskutieren.

An dieser Stelle ist ein Blick nach Hamburg interessant; denn dort hat das Sozialindikatorenmodell eine negative Auswirkung. Die Sozialindikatoren sind öffentlich. Man kann also einsehen, wie die 117 weiterführenden Schulen in Hamburg hinsichtlich dieser Sozialindikatoren bewertet werden. Man kann sehen, dass sich die Eltern daran orientieren. Schulleitungen in Hamburg sagen: Wir sind noch so gut ausgestattet. Wir haben viel gemacht, um an unserem Profil zu arbeiten. Wir unterbreiten gute Angebote. Und trotzdem wollen Schülerinnen und Schüler nicht hierher, weil wir beim Sozialindikator negativ bewertet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind die Problematik und die Krux bei der ganzen Geschichte, weil das auch immer mit einer gewissen Stigmatisierung von Schulen einhergeht. Das muss man sich, glaube ich, einmal vergegenwärtigen. Darum gibt es in Hamburg immer mehr Kritiker dieses Sozialindikatorenmodells, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das ist eine Problematik, weil die zuständigen Schulverwaltungen keinen Einfluss auf das Umfeld haben, in dem sich eine Schule befindet. Jeder Schule in Hamburg wird ein Sozialindex zugeordnet, der die soziale Lage ihres

Einzugsgebietes widerspiegelt. Anhand eines Skalenwertes können die Schulen miteinander verglichen und in eine Rangfolge gebracht werden, was ich im Übrigen sehr kritisch sehe.

Erhoben werden neben dem obligatorischen Migrationshintergrund und den üblichen Variablen der Sozialstatistik wie Haushaltseinkommen, Bildungsabschlüsse der Eltern auch Daten der Ungleichheitsforschung, die man mit der sogenannten Kapitalausstattung betreibt. Man guckt also: Welches soziale Kapital ist vorhanden? Welches kulturelle Kapital ist vorhanden? Und so weiter und so fort. Das ist sicherlich interessant und auch wichtig. Aber das allein als Anhaltspunkt zu nehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, greift zu kurz.

Ähnlich ist es in Bremen, wo das Indikatorenmodell jedoch etwas anders ausgestattet ist und etwas anders angewandt wird. Aber auch dort wird die Kritik immer lauter, weil die Bremer Schulleitungen inzwischen sagen: Das Sozialindikatorenmodell ist viel zu grobmaschig und erfasst die individuellen Problemlagen der Schulen nicht wirklich.

Nun muss man eines sagen: Wenn Schulen besser ausgestattet sind, können sie der umfeldbedingten Problemlagen deutlich besser Herr werden. Das erfahre ich permanent im Gespräch mit meiner Schwester, die Lehrerin an der bekannten Rütli-Schule in Berlin-Neukölln ist.

Wir haben schon Etliches gemacht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Kollege Försterling hat es angesprochen: In der Vergangenheit gab es Ausstattungen für Schulen an sozialen Brennpunkten - ich mag diesen Begriff nicht sonderlich -, es gibt das Programm Schule Plus, es gab das Programm BBS mit BVJ. Da spreche ich aus Erfahrung. Auch die berufsbildenden Schulen, die ein BVJ anbieten, sind mit sozialpädagogischen Stellen ausgestattet und müssen dies auch sein. Es gab die Fortführung des Hauptschulprofilierungsprogramms. Und so weiter und so fort.

Das alles sind Programme, die sich an den individuellen und umfeldbedingten Voraussetzungen der Schulen orientieren. Diesen Weg müssen wir weiter gehen.

In dieser Hinsicht fordert jetzt die FDP: Wir müssen uns an Bremen orientieren. - Die Grünen sagen: Wir müssen uns an Hamburg orientieren. - Ich sage: Wir müssen unseren eigenen niedersächsischen Weg finden, und das werden wir auch tun!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.